

metallnachrichten

Metallindustrie Baden-Württemberg

Nr. 1 – Oktober 2003

Mit der September-Abrechnung ist die dritte ERA-Strukturkomponente fällig:

Jetzt gibt's nochmals Geld aus dem ERA-Abschluss

Mit der September-Abrechnung gibt's nochmals Geld aus dem ERA-Tarifabschluss von 2002 – die dritte sogenannte ERA-Strukturkomponente. Beispiele für die Berechnung der ERA-Strukturkomponente siehe Kasten rechts.

Im Juni 2003 erhöhte sich das Tarifvolumen um 3,1 Prozent. Die Entgelttabellen wurden um 2,6 Prozent angehoben. Mit der ERA-Strukturkomponente wird die Differenz von 0,5 Prozent zwischen dem

vereinbarten Tarifvolumen und der Erhöhung der Grundentgelte ausgeglichen – für die 7 Monate von Juni bis Dezember 2003.

Mit der September-Abrechnung ist die dritte und letzte ERA-Strukturkomponente in der Laufzeit des Tarifvertrags fällig. Der Tarifvertrag kann zum 31. Dezember 2003 gekündigt werden.

Mit Hilfe der ERA-Strukturkomponente wird ein Teil der durchschnittlich höheren ERA-Entgelte finanziert, ohne dass dadurch die Beschäftigten an anderer Stelle Geld verlieren.



Beispiel-Rechnungen für die ERA-Strukturkomponente:

Beschäftigte(r), Arbeitswertgruppe 3, 140% Akkord

Monatsgrundlohn Euro	1.595,50
Leistungsentgelt	638,20
Regelmäßiges Monatsentgelt	2.233,70
ERA-Strukturkomponente*	89,70

Beschäftigte(r), Gehaltsgruppe T5.4, 10% Leistungszulage

Grundentgelt Euro	3.436,01
Leistungszulage	343,60
Regelmäßiges Monatsentgelt	3.779,61
ERA-Strukturkomponente*	151,77

Auszubildende(r), 2. Ausbildungsjahr

Auszubildendenvergütung Euro	716,67
ERA-Strukturkomponente*	28,78

Alle Beispiele aus dem Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden
* Die Formel zur Berechnung der ERA-Strukturkomponente ist
(Regelmäßiges Monatsentgelt x 8,24 x 0,5 %) / 1,026

Jörg Hofmann wurde vom IG Metall-Vorstand zum neuen Bezirksleiter berufen

„Durchsetzungsfähige und innovative IG Metall“



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nach einem auf Initiative unseres bisherigen Bezirksleiters Berthold

Huber breit angelegten Beteiligungsprozess hat mich auf Vorschlag der Bezirkskommission der IG Metall-Vorstand zum neuen Bezirksleiter der IG Metall in Baden Württemberg bestellt. Ich trete die Nachfolge von Berthold Huber an, der neuer 2. Vorsitzender der IG Metall wurde.

Meine Aufgabe wird es sein, in der Kontinuität bisheriger Bezirksleiter mit Euch gemein-

sam eine durchsetzungsfähige und innovative IG Metall in Baden Württemberg weiter zu entwickeln.

Wir hatten in den letzten Monaten auch durch eigenes Verschulden ein Bild in der Öffentlichkeit hinterlassen, das bei vielen Beschäftigten zu einem Verlust von Ansehen und Vertrauen für unsere Organisation geführt hat. Dies zurück zu gewinnen wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Monaten sein. Dies werden wir nicht durch Worte, sondern nur durch nachvollziehbares Handeln erreichen. Wir stehen in der Tarifpolitik am Ende des Jahres vor schwierigen Entgeltverhandlungen. Eine bis heute unsichere Konjunktur verlangt Augenmaß, aber auch Ent-

schlossenheit, wenn wir eine faire Beteiligung der Beschäftigten an der gestiegenen Wertschöpfung sichern wollen. Die Diskussionen um längere Arbeitszeiten oder die Abkehr von unserem guten Tarifvertragssystem werden unser Geschäft nicht einfacher machen. Die Angriffe auf das System der Flächentarifverträge zielen auf eine der Grundsäulen unseres Sozialstaats. Den Arbeitgeberverbänden, CDU/ CSU und FDP geht es schlichtweg darum, Arbeits- und Entlohnungsbedingungen dem freien Spiel der Kräfte unterzuordnen. Frei nach dem Motto – „sei froh dass du eine Arbeit hast, egal zu welchen Bedingungen“.

Der Bezirk Baden Württemberg

stand immer in der vordersten Reihe, wenn es darum ging, sich gegen eine Politik zu wehren, die die Sozialsysteme ausschließlich auf dem Rücken der „kleinen Leute“ sanieren will. Dieser Tradition fühle ich mich verpflichtet. Wir werden aber nicht mit den Antworten der Vergangenheit die Lösung unserer heutigen Probleme finden. Wir müssen daher neue Wege denken und gehen, wenn wir unseren gesellschaftlichen und politischen Einfluss als IG Metall erhalten und ausbauen wollen.

Mit Euch gemeinsam möchte ich als neuer Bezirksleiter der IG Metall diese Wege suchen. Ich bitte Euch recht herzlich um Eure Unterstützung.

Euer Jörg Hofmann

Weniger Geld und Urlaub und dafür länger arbeiten? Beschäftigte ohne Tarifschutz? Ist das die Zukunft?

Die Zukunft der Tarifverträge steht zur Zeit auf dem politischen Prüfstand. Die Lösung der Arbeitsmarktp Probleme ist für Politik und Arbeitgeberverbände ganz einfach: Wir brauchen nur mehr zu arbeiten und weniger verdienen, dann ginge es wieder aufwärts. Das einzige, was diesem Ansinnen entgegensteht, sind diese lästigen Tarifverträge.

Damit diese Vorstellungen im Betrieb umgesetzt werden können, soll nun die bewährte Praxis aufgeweicht werden, dass Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Nach den Vorstellungen von CDU/CSU, FDP und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände BDA soll es künftig möglich sein, sogenannte „betriebliche Bündnisse“ abzuschließen. Dort werden dann



Protest gegen Sozialabbau: Demonstration in Stuttgart im Mai 2003

zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber Abweichungen vom Tarifvertrag ausgehandelt. Dies wären aber keine Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe. Den Betriebsräten und Belegschaften wird kein Streikrecht zugestanden. **Im Klartext bedeutet das: Der Arbeitgeber hätte alle Machtmittel in der Hand.** Belegschaften und Betriebsräte werden mit dem

Arbeitsplatzargument gefügig gemacht.

Wir meinen, dies ist kein Fortschritt, sondern ein heftiger Eingriff in die Rechte und den Besitzstand der Beschäftigten. **Die bisherigen tariflichen Regelungen lassen Vereinbarungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen ohne weiteres zu.** Die IG Metall hat in Baden-Württemberg zahlreiche solcher

Ergänzungstarifverträge abgeschlossen. Dort gab es auch zeitweiligen Verzicht der Belegschaften auf tarifliche Leistungen, dem standen aber Investitionszusagen und der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen gegenüber. Zum Beispiel war der Aufbau des DaimlerChrysler-Werks in Rastatt eine solche Investitionszusage. Beschäftigungssicherung wurde in der Vergangenheit etwa bei Alcatel SEL in Stuttgart, bei Alstom Power in Mannheim oder bei Schiesser in Radolfzell vereinbart. Und was wichtig ist: Die Unternehmen mussten stets ihre Zahlen auf den Tisch legen.

Deshalb brauchen wir keine neuen Regelungen, die nur Nachteile bringen. Es muss in diesem Lande auch Bereiche geben, wo verlässliche Vereinbarungen wie Tarifverträge Bestand haben. Wenn Sie auch dieser Meinung sind, dann reden Sie mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall darüber, wie wir uns gemeinsam wehren können. Es geht um Ihre Arbeits- und Entlohnungsbedingungen und um Ihren Arbeitsplatz.

Krankengeld, Zahnersatz, Rente mit 67 – was will man mehr?

Bleiben Sie gesund, krank werden wird teuer

Wir hoffen Sie sind gesund, und haben einen Not-Euro zurückgelegt. Denn den werden Sie dringend brauchen, wenn die gesundheitspolitischen Vorstellungen von Rot-Grün und CDU/CSU in die Praxis umgesetzt werden. Bisher hatten wir ein paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziertes Gesundheitssystem. Na ja, so ganz stimmt das ja nicht, denn es gab jetzt schon die Zuzahlungen der Versicherten bei Arzneien, Krankenhaus oder Kur-aufenthalten. Im Jahr sind dies 2,5 Milliarden Euro.

Was aber jetzt auf die Versicherten zukommt, hat mit gerechtem Verteilen von Lasten nichts mehr

zu tun. Es gibt Lebensrisiken, die man nicht planen kann, die aber in einem Sozialstaat von der Gemeinschaft getragen werden. Dazu gehört zum Beispiel Krankheit.

Das Krankengeld war aus gutem Grund bisher eine Leistung der paritätischen Krankenkasse, damit ist jetzt Schluss. Die Finanzierung des Krankengeldes übernehmen zukünftig alleine die Versicherten, Kosten: 5 Milliarden Euro im Jahr.

Sie brauchen Zahnersatz? Ab 2005 wird der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert. Der Versicherte muss dann auf eigene Kosten eine Zahnersatzversicherung abschließen. Kosten:

3,5 Milliarden Euro im Jahr.

Wir brauchen eine solide Finanzierung unserer Sozialsysteme, aber dann bitte gerecht. Deshalb ist die IG Metall für eine Erwerbstätigenversicherung. Diese erweitert die Solidargemeinschaft und stabilisiert die Finanzgrundlagen. Warum sollen nicht Beamte, Freiberufler, Selbstständige und politische Mandatsträger auch Beiträge in die Gesetzliche Krankenversicherung zahlen?

Arbeiten bis 67? Sie glauben dies sei eine Gespenster-Diskussion, wir nicht. Immer mehr Politiker, Arbeitgeberinstitutionen und sogenannte Rentenexperten greifen dieses Thema auf. Wir empfehlen diesen Experten, sich in den Betrieben umzuschauen. **Beschäftigte**

über 60 sind in der Produktion eine absolute Seltenheit.

Warum? Die betrieblichen Belastungen und die Arbeitsbedingungen im Schichtbetrieb oder am Band sind so groß, dass das tatsächliche Renteneintrittsalter bei etwa 61 Jahren liegt.

Übrigens wussten Sie schon, dass es in Baden-Württemberg im Monat Juli 85.011 Arbeitslose gab, die älter als 50 Jahre alt sind? Dies ist ein Viertel aller Arbeitslosen. Mit einem Renteneinstiegssalter von 67 würde sich dieses Problem noch verschärfen. Es geht hier schlichtweg um ein Abzocken der Versicherten. Denn wer früher in Rente geht, hat entsprechende Abschläge.

Wir müssen uns rechtzeitig wehren!